

Parlament und auswärtige Politik.

In einer Betrachtung über diese Frage schreibt der Freiherr v. Sengelmüller, der ehemalige Botschafter in Nordamerika, im „Neuen Pester Journal“:

Die Ausschaltung der Kriegsmöglichkeit kann von dem Eingreifen der Volksvertretung in die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nicht erwartet werden. Daraus folgt aber nicht, daß sie ihren Einfluß nicht in nützlicher Weise durchsetzen könnte und daß es überflüssig sei, sich mit dieser Frage abzugeben. Ein schreiender Gegensatz herrscht zwischen der energischen Ausübung der übrigen Rechte der Volksvertretung und jener Kraftlosigkeit, zu der sie auf außenpolitischem Gebiet durch den Umstand verurteilt ist, daß sie sich in der Regel vollendeten Tatsachen gegenüber sieht. Der tatsächliche Einfluß der Volksvertretung auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten erscheint in unserem Vaterland in höherem Maße notwendig als wo immer sonst. Und zwar aus zwei Gründen. In anderen konstitutionellen Ländern ist der Minister des Auswärtigen Mitglied einer parlamentarischen Regierung und als solcher Träger des Vertrauens der Mehrheit der Volksvertretung, der mit dieser Mehrheit unausgesetzt in persönlicher Berührung steht. Bei uns ist dem nicht so, und da der Minister des Auswärtigen die gemeinsame Außenpolitik zweier Staaten leitet, kann dem auch nicht so sein. Dann ist aber seine Aufgabe schwerer als die welches Ministers des Auswärtigen immer. In anderen Ländern weisen der auswärtigen Politik die Interessen und Wünsche der Nation den Weg, zum mindesten ist sie in großen Zügen vorgezeichnet; der Minister hat bloß die zweckmäßigsten Mittel zur Wahrung dieser Interessen und Erfüllung dieser Wünsche ausfindig zu machen. Bei uns fehlt diese grundlegende Orientierung. Der Leiter der auswärtigen Politik hat bei jeder sich ergebenden Komplikation selber herauszufinden, nicht nur welche Mittel er anzuwenden, sondern auch welche Ziele er anzustreben hat. Seit einem halben Jahrhundert dreht sich die Außenpolitik der Monarchie um die Balkanfrage, doch gerade auf diesem Gebiet hat es eine von der einhelligen Auffassung oder den übereinstimmenden Aspirationen unserer öffentlichen Meinung vorgezeichnete Orientierung höchstens im negativen Sinne gegeben. Es ist klar, daß der Mangel an solchen Richtlinien die Aufgabe des Leiters unserer auswärtigen Angelegenheiten bei den künftigen Friedensverhandlungen nicht erleichtern wird.